



HESSISCHER LANDTAG

23. 09. 2015

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend keine Bereicherung auf Kosten Griechenlands durch die Übernahme griechischer Flughäfen durch die Fraport AG

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag kritisiert, dass auf Betreiben des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) die Privatisierung griechischer Infrastruktur zu einer der Bedingungen für das dritte Hilfsprogramm für Griechenland gemacht wurde.

Der Hessische Landtag stellt fest:

1. Der Hessische Landtag ist der Auffassung, dass die explizite Nennung des Fraport-Geschäftes die Vorteilsnahme durch politische Erpressung der Bundesregierung verdeutlicht. Der Landtag zeigt sich besorgt, dass diese Art der Ausplünderung des griechischen Staates zu einer ernsthaften Beschädigung des deutsch-griechischen Verhältnisses führen kann. Der Hessische Landtag lehnt die Bereicherung durch die Übernahme gewinnbringender Infrastruktur eines wirtschaftlich am Boden liegenden Staates innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion als unsolidarischen Akt ab.
2. Der Verkauf griechischer Infrastruktur über einen sogenannten Privatisierungsfonds führt zur Trennung von unter Marktbedingungen gewinnbringenden Firmen gegenüber für die Menschen lebensnotwendiger, aber nur über öffentliche Zuschüsse aufrechterhaltender Infrastruktur. Darüber hinaus wird die griechische Regierung in der aktuellen Notsituation öffentliche Einrichtungen nur unter Preis verkaufen können.
3. Der Verkauf von öffentlicher Infrastruktur hat weder die Bedingungen für die griechische Wirtschaft verbessert noch ist sie ein Mittel zur Lösung der Schuldenproblematik. Darüber hinaus werden die Leistungen aus privatisierter Infrastruktur für die Menschen im Land teurer und das bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit weiteren Senkungen von Löhnen und Sozialleistungen.
4. Der griechische Staat unterhält 40 Regionalflughäfen. Die Herauslösung der 14 gewinnträchtigen Flughäfen für einen Zeitraum von 40 Jahren wird durch den Verbleib der 26 unrentablen, aber für die Versorgung der Bevölkerung unerlässlichen Regionalflughäfen bei dem griechischen Staat das Haushaltsdefizit vergrößern und nicht - wie von der Bundesregierung behauptet - verringern. Es ist ein Hohn, wenn sich die Fraport AG, die sich mehrheitlich im öffentlichen Besitz befindet, an diesem Ausverkauf des griechischen Tafelsilbers beteiligt. Profite würden dadurch nicht mehr für den griechischen Staat, sondern für die deutsche Ökonomie, Frankfurt und Hessen erwirtschaftet werden.
5. Knapp eine Woche nachdem der sogenannte Kompromiss zur Rettung Griechenlands durchgesetzt wurde, priest der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier in Brüssel die Fraport AG als geeigneten Kandidaten zur Übernahme griechischer Infrastruktur an. In der Frankfurter Rundschau vom 16.07.2015 wird der Ministerpräsident mit den Worten zitiert, dass mit der Übernahme auch Griechenland geholfen würde, da der Tourismus durch funktionierende Flughäfen in Gang gebracht werden könne und "dieser Staat wird sie nicht herrichten" können. Ohne Privatisierung würden sie irgendwann mit Unkraut zuwuchern, so Volker Bouffier. Der Hessische Landtag verurteilt solche Äußerungen als zynisch und beleidigend.

Der Hessische Landtag fordert den Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier auf, sich in Brüssel nicht mehr als Lobbyist der Fraport AG zu betätigen.

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf:

Die sich mehrheitlich im Besitz des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt am Main befindende Fraport AG darf sich nicht auf Kosten und zum Nachteil der griechischen Bevölkerung bereichern. Der Hessische Landtag spricht sich gegen eine Übernahme des Betriebs der 14 griechischen Regionalflughäfen aus. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die aus ihrer Mitte in den Aufsichtsrat der Fraport AG entsandten Mitglieder aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Pläne der Fraport AG, in Griechenland Flughäfen zu übernehmen, aufgegeben werden.

Wiesbaden, 23. September 2015

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen